

02.12.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 18/1200 und 18/1500 (Ergänzung)

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Einzelplan 07- Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und
Integration

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Bastian Hartmann

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird unverändert angenommen.

Bericht

A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom

- Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend mündlich
- Ausschuss für Gleichstellung und Frauen mündlich

und vom

- Integrationsausschuss mündlich

beraten. Der Erläuterungsband zum Einzelplan 07 lag mit Vorlage 18/356 vor. Zu den Beratungen im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend lagen zusätzlich die Vorlagen 18/407 und 18/462 vor. Im Ausschuss für Gleichstellung und Fragen lagen ferner die Vorlagen 18/410 und 18/472 vor.

- a) Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat am 10. November 2022 beraten und am 17. November 2022 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen keine Änderungsanträge zur Abstimmung vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.
- b) Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat am 10. November 2022 beraten und am 18. November 2022 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen keine Änderungsanträge vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde hierbei mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.
- c) Der Integrationsausschuss hat in seiner Sitzung am 9. November 2022 beraten und am 30. November 2022 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen keine Änderungsanträge vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 18/60 verwiesen.

C Votum des Unterausschusses Personal

Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss am 1. Dezember 2022 abgegeben. Personalrelevante Änderungsanträge lagen nicht vor.

Der Personaletat zum Einzelplan 07 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 18/1920 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 18/1900.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 1. Dezember 2022 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befasst. Es lagen dort Änderungsanträge vor. Das jeweilige Abstimmungsverhalten ergibt sich aus dem Anhang.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert angenommen**.

Carolin Kirsch
Vorsitzende

Anhang

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
		<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfe, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 2.885.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.500.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 742.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.143.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung der Mittel für LSBTI i.H.v. 2.500 Euro, der Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit i.H.v. 340.000 Euro und für das Familienfest NRW i.H.v. 400.000 Euro.</p> <p>Die Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit ist damit betraut, in KMUs Diversity zu fördern. Angesichts des bereits bestehenden massiven Fachkräftemangels kann sich kein Unternehmen eine Diskriminierung von Arbeitnehmern leisten. In den krisenhaften Zeiten sollten keine Mittel für ein diverses Familienfest veranschlagt werden.</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 2.885.900 Euro	2.500.900 Euro	um 742.500 Euro		auf 2.143.400 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 2.885.900 Euro	2.500.900 Euro																				
um 742.500 Euro																					
auf 2.143.400 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
		<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 684 11 Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 160.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">160.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 160.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung der Mittel der Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit i.H.v. 160.000.</p> <p>Die Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit ist damit betraut, in KMUs Diversity zu fördern. Angesichts des bereits bestehenden massiven Fachkräftemangels kann sich kein Unternehmen eine Diskriminierung von Arbeitnehmern leisten.</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 160.000 Euro	160.000 Euro	um 160.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 160.000 Euro	160.000 Euro																				
um 160.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

	<p>Arbeiter Samariter Bund – 139.471 Euro</p> <p>SJD Falken – 2.527.986 Euro</p> <p>Naturfreundejugend – 521.101 Euro</p> <p>BUND Jugend – 139.471 Euro</p> <p>DIDF- Jugend NRW – 139.471 Euro</p> <p>Ebenso die Gelder für folgende <u>Landeszentralen Träger</u>:</p> <p>Falken Bildungs- und Freizeitwerk NRW e.V. - 263.437 Euro</p> <p>LAG Kath. Jugendsozialarbeit NRW – 274.583 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die parteinahen Vorfeldorganisationen für die Jugend sollten unabhängig von staatlicher Einflussnahme sein. Außerdem verfügen die Mutterorganisationen über genug Vermögen, um sie privat zu finanzieren.</p> <p>Die Sozialverbände in Deutschland und somit ihre Jugendorganisationen verhalten sich außerdem politisch nicht neutral.</p> <p>Den anderen Organisationen sollten aufgrund zweifelhafter politischer Beziehungen die Gelder gekürzt werden. Sie agieren z.B. wie auch die DGB Jugend mit der Antifa im Rahmen von Demonstrationen zusammen. Die DIDF-Jugend wurde in der Vergangenheit als linksextremistisch eingeschätzt.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Männern und Frauen</p> <p>Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p style="padding-left: 40px;">2. Zuschüsse an die spezialisierten Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel; gegen Zwangsheirat und Angebote im Bereich weibliche Genitalbeschneidung</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 2.300.000 Euro</td> <td>2.300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Phänomenbereiche Zwangsheirat, Vielehe, Kinderehe und Genitalverstümmelung werden laut Statistik zu einem immer größeren Problem. So steigen die Fallzahlen in Deutschland aufgrund der Migration immer weiter an. Ein Aufwuchs im Haushalt ist daher notwendig, um die betroffenen Frauen wirksam zu schützen und zu unterstützen. Daneben muss auch der neue kriminologische Phänomenbereich der Femizide und Ehrenmorde berücksichtigt werden. Wie groß die Notwendigkeit einer Erhöhung</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 2.300.000 Euro	2.300.000 Euro	um 700.000 Euro		auf 3.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 2.300.000 Euro	2.300.000 Euro																				
um 700.000 Euro																					
auf 3.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

		in diesem Titel ist die Tatsache, dass im Haushalt 2018 lediglich 230.000 zur Verfügung standen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 547 12 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 2.801.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.801.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 801.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die veranschlagten Mittel für die Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ sind zu streichen. Verglichen mit dem Ist-Ergebnis im Haushaltsjahr 2021 (1.992.700 Euro) ist eine Anhebung der Mittel um 40 % – bei ausbleibender Begründung der Landesregierung – vorgesehen. Daher ist der Ansatz für das Haushaltsjahr 2023 – auch im Zuge allgemeiner Einsparmaßnahmen – entsprechend anzupassen.</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 2.801.700 Euro	2.801.700 Euro	um 801.700 Euro		auf 2.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 2.801.700 Euro	2.801.700 Euro																				
um 801.700 Euro																					
auf 2.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 633 68 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2023</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2022</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>von 10.300.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">48.133.900</td> </tr> <tr> <td>um 5.500.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.800.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bei diesem Titel gab es eine Verlagerung in Höhe von 2.250.000 Euro in das Kapitel 07 090; Titel 539 00 in Höhe von 31.110.500 Euro in den Titel 633 67 sowie in Höhe von 1.008.100 Euro in den Titel 684 67.</p> <p>Der Ansatz Kommunen, die überdurchschnittlich viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren, auf diesem Weg alleine finanziell zu unterstützen, ist gescheitert. Für das Förderprogramm werden auch die Zugangszahlen aus den EU-Staaten wie Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern berücksichtigt. Dieser verschleiernde Ansatz wird der Problematik nicht gerecht. Durch Projekte wie „Sensibilisierung und Abbau von Vorurteilen in der Aufnahmegesellschaft“ oder „Antidiskriminierungsarbeit, insbesondere Bekämpfung von Antiziganismus“ innerhalb des Förderprogramms wird der unterstützende Ansatz verwässert. Die „Verbesserung der medizinischen Versorgung und Information über das Gesundheitswesen“ sollte insbesondere im Zusammenhang mit der qualifizierten Zuwanderung, im Rahmen der EU-Freizügigkeit</p>	2023	Ansatz lt. HH 2022		von 10.300.000 Euro		48.133.900	um 5.500.000 Euro			auf 4.800.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2023	Ansatz lt. HH 2022																								
von 10.300.000 Euro		48.133.900																							
um 5.500.000 Euro																									
auf 4.800.000 Euro																									
CDU	nein																								
SPD	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

		<p>keine staatliche Aufgabe sein, sondern der Eigenverantwortung unterliegen. Wichtiger ist es, zur Unterstützung und Entlastung der kommunalen Ausländerbehörden die zentralen Ausländerbehörden finanziell und personell zu verstärken. Insbesondere ist hierbei im Bereich der Durchsetzung der Ausreisepflicht eine Aufgabenverlagerung von den kommunalen hin zu den zentralen Ausländerbehörden vorzunehmen. Das Ziel muss eine optimale Umsetzung des EU-Freizügigkeitsrechts auf kommunaler Ebene sein. Dazu zählt im Zweifel auch ein Entzug der EU-Freizügigkeit. Bedingt durch Personalengpässe in den kommunalen Ausländerbehörden ist in diesem Zusammenhang eine umfangreiche Prüfung im Einzelfall unmöglich.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter – Unterpunkt 1</p> <p>Titel 684 67 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen; Unterpunkt 1: Zuschüsse an Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten (MSO)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 3.330.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.700.000 (Alter Titel: 684 68)</td> </tr> <tr> <td>um 630.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Verlagerung in den Haushaltstitel 684 67 wurden die Mittel für die MSO um 23 % angehoben. Eine Ausweitung der geförderten MSO ist in Anbetracht der angespannten Haushaltslage nicht darstellbar und daher zurückzunehmen. Im Gegenzug ist die Anzahl der geförderten MSO, nach einer Evaluation der geförderten Projekte/Organisationen im Haushaltsjahr 2022, entsprechend anzupassen.</p>	2023	Ansatz lt. HH 2022	von 3.330.000 Euro	2.700.000 (Alter Titel: 684 68)	um 630.000 Euro		auf 2.700.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 3.330.000 Euro	2.700.000 (Alter Titel: 684 68)																				
um 630.000 Euro																					
auf 2.700.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewandelter – Unterpunkt 2</p> <p>Titel 684 67 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen; Unterpunkt 2: Zuwendung zur institutionellen Förderung an das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMID)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 730.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">466.500 (Alter Titel: 684 10)</td> </tr> <tr> <td>um 250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 480.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Verlagerung in den Haushaltstitel 684 67 wurden die Mittel für das Dokumentationszentrum DOMID um 57 % angehoben. Diese überproportionale Anhebung ist auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht darstellbar. Zudem gibt es dadurch eine Ungleichbehandlung mit anderen Museen. Die Anhebung ist daher auf die vorgesehene Dynamisierung zu beschränken. Das vorgesehene neue Museumskonzept ist zu einem späteren Zeitpunkt umzusetzen.</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 730.500 Euro	466.500 (Alter Titel: 684 10)	um 250.000 Euro		auf 480.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 730.500 Euro	466.500 (Alter Titel: 684 10)																				
um 250.000 Euro																					
auf 480.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 686 67 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 17.009.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> </tr> <tr> <td>um 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 15.009.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel für den Untertitel 3 dieses Titels („Muslimisches Engagement in NRW“ – Fördersumme 2.000.000 Euro) sind ersatzlos zu streichen, da bisher keinerlei Erfolge zu verzeichnen sind. Insbesondere ist der bisherige Teilnehmerkreis, sprich die Teilnahme von islamistisch beeinflussten Teilnehmern, zu kritisieren. Diese finden sich auch in den Verfassungsschutzberichten wieder. Dazu zählte in der Vergangenheit beispielsweise – als wichtigste Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft in Deutschland – die Deutsch Muslimische Gemeinschaft (DMG). Zum ebenfalls beteiligten Zentralrat der Muslime gehören mit ATIB die Grauen Wölfe oder mit dem IZH der Außenposten des iranischen Mullah Regimes in Deutschland. Auch die Beteiligung der DITIB, die unter dem Einfluss der türkischen Religionsbehörde Diyanet steht, ist kritisch zu sehen.</p>	2023	Ansatz lt. HH 2022	von 17.009.000 Euro	0	um 2.000.000 Euro		auf 15.009.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 17.009.000 Euro	0																				
um 2.000.000 Euro																					
auf 15.009.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 686 68 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 3.590.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.737.800</td> </tr> <tr> <td>um 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 590.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Abgesehen von der bestehenden Meldestelle Antisemitismus und der Salafismusprävention sind alle weiteren Maßnahmen aus diesem Titel, auch im Zuge notwendiger Einsparmaßnahmen, abzulehnen. Das gilt insbesondere für die 4 neuen und rechtlich sehr umstrittenen Meldestellen sowie für die geplante Vermischung der Salafismusprävention mit dem sogenannten „antimuslimischen Rassismus“ in diesem Titel. Dieser Begriff ist wissenschaftlich nicht eindeutig definiert. Teilweise wird die Meinung vertreten, dass es sich um ein Mittel des legalistischen Islam handelt, mit dem Ziel jegliche – also auch berechnete und wissenschaftlich fundierte – Kritik am Islam bzw. am Islamismus zu unterdrücken. Für den Betrieb der Meldestelle Antisemitismus sieht die Landesregierung eine Förderung in Höhe von 290.000 Euro vor. Diese Förderung soll erhalten bleiben. Die restliche Betrag (300.700 Euro) ist für Maßnahmen im Bereich der Salafismus-Prävention vorgesehen.</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 3.590.700 Euro	20.737.800	um 3.000.000 Euro		auf 590.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 3.590.700 Euro	20.737.800																				
um 3.000.000 Euro																					
auf 590.700 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 519 03 Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2023</td> <td style="width: 60%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2022</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von 10.258.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">10.258.000</td> </tr> <tr> <td>um 7.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.258.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bedingt durch die angespannte Haushaltslage ist eine Reduktion auf unbedingt notwendige Maßnahmen erforderlich. Zudem kann die Landesregierung keine aktuell anstehenden Maßnahmen benennen.</p>	2023	Ansatz lt. HH 2022		von 10.258.000 Euro		10.258.000	um 7.000.000 Euro			auf 3.258.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2023	Ansatz lt. HH 2022																								
von 10.258.000 Euro		10.258.000																							
um 7.000.000 Euro																									
auf 3.258.000 Euro																									
CDU	nein																								
SPD	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 536 00 Rückführung und Rückführungsbegleitung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 17.824.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.824.500</td> </tr> <tr> <td>um 5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 22.824.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: In NRW sind – unverändert zum Vorjahr – ca. 75.000 Menschen ausreisepflichtig. Zur Einhaltung des Ausländerrechts ist die Ausweisung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen unabdingbar. Da auf Landes- und Bundesebene Rückführungsinitiativen angekündigt wurden, sind die Haushaltsmittel dieses Titels entsprechend anzupassen.</p>	2023	Ansatz lt. HH 2022	von 17.824.500 Euro	17.824.500	um 5.000.000 Euro		auf 22.824.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 17.824.500 Euro	17.824.500																				
um 5.000.000 Euro																					
auf 22.824.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 18 Sächliche Verwaltungsausgaben für die zentrale Ausländerbehörde für Fachkräfteeinwanderung</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">HH 2023</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>625.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">625.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>110.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>735.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die „Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung“ (ZFE NRW) ist bei Aufenthalten zum Zweck der Ausbildung sowie zum Zweck der Erwerbstätigkeit von großer Bedeutung. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden bei der Visumserteilung unterstützt. Insbesondere die Gewinnung von hoch qualifizierten Fachkräften ist für den Industriestandort NRW von großer Bedeutung. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z.B. der MINT-Bereich. Ähnlich bedeutend ist beispielsweise das Handwerk. Viele Unternehmen haben große Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuer Arbeitskräfte. Um die Arbeit der ZFE NRW noch weiter optimieren zu können, sollen 2 zusätzliche Personalstellen eingerichtet werden.</p>	HH 2023		Ansatz lt. HH 2022		von	625.000 Euro	625.000 Euro		um	110.000 Euro			auf	735.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023		Ansatz lt. HH 2022																											
von	625.000 Euro	625.000 Euro																											
um	110.000 Euro																												
auf	735.000 Euro																												
CDU	nein																												
SPD	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
AfD	ja																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 10 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 46.962.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">46.962.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 96.962.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Deckung des Mehrbedarfs u.a. für die personelle Aufstockung der bestehenden ZAB sowie für die räumliche Unterbringung des zusätzlichen Personals. Aufbau von 2 weiteren ZUE in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf. Federführende Übernahme weiterer Aufgaben wie z.B. aller Aktivitäten im Zusammenhang mit Rückführungen, die aktuell noch von den kommunalen Ausländerbehörden übernommen werden sowie insbesondere auch der sozialen Flüchtlingsberatung.</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 46.962.000 Euro	46.962.000 Euro	um 50.000.000 Euro		auf 96.962.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 46.962.000 Euro	46.962.000 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf 96.962.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 40 Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 418.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">418.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 418.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die freiwillige institutionellen Förderung des Flüchtlingsrats NRW ist einzustellen. Der Tätigkeitsbereich des Beschwerdebeauftragten der UfA Büren ist an den Beschwerdebeauftragten der Landesregierung für die Landesunterkünfte zu übertragen.</p>	2023	Ansatz lt. HH 2022	von 418.100 Euro	418.000 Euro	um 418.100 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 418.100 Euro	418.000 Euro																				
um 418.100 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 41 Soziale Beratung von Geflüchteten</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 35.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">35.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 35.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bei der Förderung der sozialen Beratung von Flüchtlingen handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Landes NRW. Die Tätigkeit ist federführend an die Zentralen Ausländerbehörden zu übertragen. In diesem Zusammenhang sind auf Landesseite potentielle Doppelstrukturen abzubauen. Dazu zählen beispielsweise bestehende Beratungsstrukturen auf kommunaler Ebene.</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 35.000.000 Euro	35.000.000 Euro	um 35.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 35.000.000 Euro	35.000.000 Euro																				
um 35.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

